



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 16. Oktober 2012 (19.10)  
(OR. en)**

---

**Interinstitutionelle Dossiers:**

**2011/0276 (COD)  
2011/0268 (COD)  
2011/0273 (COD)  
2011/0275 (COD)  
2011/0274 (COD)**

---

**14287/12  
ADD 8 REV 2**

**FSTR            64  
FC                42  
REGIO           102  
SOC               780  
AGRISTR        128  
PECHE           372  
CADREFIN      408  
CODEC           2242**

**ADDENDUM 8 zum VERMERK**

---

des                Vorsitzes  
für den            Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat

---

Nr. Vordok.:      15243/2/11 REV 2, 13730/12, 15247/1/11 REV 1, 15253/1/11 REV 1, 15249/11,  
15250/2/11 REV 2

Nr. Komm.dok.:  COM(2011) 615 final/2, COM(2012) 496 final, COM(2011) 607 final/2,  
COM(2011) 611 final/2, COM(2011) 614 final, COM(2011) 612 final/2

---

Betr.:             Legislativpaket zur Kohäsionspolitik  
                      – Erklärungen

---

**Erklärung des Rates zu den Bezugnahmen auf die entsprechenden länderspezifischen  
Empfehlungen und die entsprechenden Ratsempfehlungen in den Artikeln 4, 14, 15, 25, 26  
und 87 der Verordnung (EU) Nr. [...] [Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen]**

"Der Rat bestätigt, dass – sofern die entsprechenden gemäß Artikel 121 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommenen länderspezifischen Empfehlungen und die entsprechenden gemäß Artikel 148 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommenen Ratsempfehlungen im Sinne der Definition in Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. [...] [Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen] bei der Erstellung von Partnerschaftsvereinbarungen und Programmen als Referenzpunkt herangezogen werden – die besonderen Bedürfnisse und die territorialen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen

sowie ihre jeweiligen Zuständigkeiten in Bezug auf die Festlegung der politischen Maßnahmen, mit denen diesen Empfehlungen nachgekommen wird, in vollem Umfang berücksichtigt werden müssen. Bei der Überprüfung der Durchführung der Programme tragen die Mitgliedstaaten den neuen einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen Rechnung und sie schlagen – sofern zweckmäßig und unter Berücksichtigung der mehrjährigen Ausrichtung und der Vorhersehbarkeit des Rahmens für die Programmplanung – Änderungen an ihren jeweiligen Programmen vor."

---

**Erklärung der Kommission zum Kompromissvorschlag des Vorsitzes in Bezug auf die Indikatoren**

"Die Kommission bestätigt, dass sie ihre Dokumente mit Leitlinien zu den gemeinsamen Indikatoren für den EFRE, den ESF, den Kohäsionsfonds und die europäische territoriale Zusammenarbeit innerhalb von drei Monaten nach Annahme der Verordnungen in Abstimmung mit den jeweiligen Evaluierungsnetzen, die nationale Evaluierungsexperten umfassen, vervollständigen wird. Diese Dokumente mit Leitlinien werden Definitionen sämtlicher gemeinsamer Indikatoren und die Methoden für die Erfassung und die Weiterleitung von Daten über die gemeinsamen Indikatoren enthalten."

---

**Erklärung Italiens zur Zusätzlichkeit und zur geografischen Konzentration**

"Italien ist der Auffassung, dass die Grundsätze der Zusätzlichkeit und der geografischen Konzentration von Mitteln zentrale Säulen einer effektiven Investition von Mitteln der Kohäsionspolitik sind. Der vorgeschlagene Kompromisstext der einschlägigen Artikel (Artikel 86 beziehungsweise Artikel 85 der allgemeinen Verordnung) schwächt beide Grundsätze, da er hinsichtlich der Art und Weise, wie die Zusätzlichkeit in Regionen zu prüfen ist, die mehr Mittel erhalten sollen, ein Rückschritt ist und die von der Kommission bereits vorgeschlagene Ausnahme für die Nichtübertragbarkeit von Mitteln in nicht hinnehmbarer Weise ausweitet."

Beide Änderungen in dem Kompromisstext beeinträchtigen erheblich die Qualität der Investitionen, die mit Mitteln der Kohäsionspolitik im nächsten Programmplanungszeitraum getätigt werden sollen. Wenn der Begriff "bessere Mittelverwendung" eine konkrete Bedeutung erhalten soll, ist eine Schwächung dieser beiden Grundsätze zu vermeiden.

Damit die Qualität der Investitionen, die mit dem Geld der Steuerzahler der EU im Rahmen der Kohäsionspolitik getätigt werden, gewährleistet ist, sollten die Zusätzlichkeit und die geografische Konzentration von Mitteln nach Auffassung Italiens zu einem späteren Zeitpunkt erneut erörtert werden, und zwar auch im Hinblick auf die endgültige Entscheidung über Übergangsregionen bei den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen und auf jeden Fall vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzgebungspakets; dabei sind das Gesamtbild, das sich aus anderen thematischen Blöcken ergibt, und das Erfordernis der internen Ausgewogenheit und Kohärenz zu berücksichtigen, damit eine größere Wirksamkeit der Kohäsionspolitik gewährleistet wird."